

65 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Bericht

des Verkehrsausschusses

über den Antrag (46/A) der Abgeordneten Anton Gaal, Dipl.-Vw. Dr. Dieter Lukesch und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgebot geändert wird (FMIG-Novelle 1994)

Dem vorliegenden Antrag ist nachstehende Begründung beigegeben:

Um die Nachfrage nach modernen zukunftsweisenden Kommunikationseinrichtungen abdecken zu können, die im Hinblick auf die EU eine der Voraussetzungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft sind, wurden im Rahmen der FMIG-Gebarung in den Jahren 1991 bis 1993 Investitionsmittel im Ausmaß von 52 681 Millionen Schilling aufgewendet. Um den betriebswirtschaftlich notwendigen zügigen weiteren Ausbau des elektronischen digitalen Vermittlungssystems sowie den weiteren Ausbau des Mobilfunks und einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur (ua. Telekommunikations-Highways) zu gewährleisten, sind für die Jahre 1994 und 1995 Investitionsausgaben von insgesamt 38 000 Millionen Schilling (jährlich 19 000 Millionen Schilling) vorgesehen. Zur finanziellen Abdeckung dieses Investitionsbedarfes ist, unter Bedachtnahme auf den Anstieg des auslaufenden Fremdkapitals und die steigende Zinsenbelastung, die Anhebung des Zweckbindungsschlüssels im Jahre 1995 auf 34% unbedingt erforderlich. Im Hinblick auf den anhaltend hohen Investitionsbedarf sind für den Novellierungszeitraum 1994 bis 1995 trotz Anlegung eines äußerst strengen Maßstabes an Sparsamkeit Investitionsausgaben von 38 000 Millionen Schilling vorgesehen (jährlich 19 000 Millionen Schilling). Damit soll der weitere Ausbau und die Fortsetzung der Modernisierung des Telekommunikationswesens in Österreich sichergestellt und gleichzeitig ein Beitrag zur Erhaltung und Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Österreich geleistet werden. Bei einer Beibehaltung des bisherigen Zweckbindungsschlüssels von 32% auch für das Jahr 1995 würde sich angesichts des hohen notwendigen Investitionsvolumens und des schon hohen Schuldenstandes der Post eine bereits kritische Zinsenbelastung sowie ein unzumutbares Absinken des Eigenkapitalanteiles ergeben. Daher wird die Zweckbindung für Investitionsausgaben für das Jahr 1995 mit 34% der Fernsprechgebühreneinnahmen festgesetzt. Durch die Neuregelung kann einem zu starken Ansteigen des Fremdkapitalanteiles entgegengewirkt und gleichzeitig ein Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes durch eine weiterhin hohe Ablieferung an das Budget im Jahr 1995 geleistet werden.

Der Verkehrsausschuß hat den Initiativantrag in seiner Sitzung am 15. Dezember 1994 in Verhandlung gezogen. Als Berichterstatter im Ausschuß fungierte Abgeordneter Anton Gaal. Nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Peter Rosenthal, Mag. Reinhard Firlinger, Mag. Helmut Kukacka und Rudolf Anschobert, sowie der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mag. Viktor Klimala beteiligten, wurde der gegenständliche Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen. Zum Berichterstatter für das Haus wurde Abgeordneter Robert Sigl gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verkehrsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. ✓

Wien, 1994 12 15

Robert Sigl

Berichterstatter

Rudolf Parnigoni

Obmann

7.

Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldeinvestitionsgezetz geändert wird (FMIG-Novelle 1994)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Fernmeldeinvestitionsgezetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 691/1991, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 lautet:

„(1) Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen

1. in den Jahren 1964 bis 1993 zur Erweiterung und Erneuerung des österreichischen Fernsprech-, Datenvermittlungs-, Fernschreib- und Funknetzes sowie zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen, Meßgeräten und Werkzeugen, zur Durchführung allgemeiner Hochbauvorhaben für den Fernmeldedienst, zur Errichtung kombinierter Post- und Fernmeldebauten und für sonstige Investitionen nach Maßgabe des Fernmeldeanteils, ab dem Jahre 1988 zur Durchführung von Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst sowie ab dem Jahre 1991 für die übrigen Investitionen im Post- und Postautodienst bei den hiefür in Frage kommenden Unternehmungen Bestellungen im Höchstausmaß von 203 700 Millionen Schilling zu vergeben;
2. in den Jahren 1994 bis 1995 zur Durchführung der in Z 1 genannten Vorhaben bei den hiefür in Frage kommenden Unternehmungen Bestellungen im Höchstausmaß von 38 000 Millionen Schilling zu vergeben.

2. § 2 Abs. 1 lautet:

„(1) Zur Begleichung der von den Unternehmungen vorgelegten Rechnungen sind jene Mehreinnahmen an Fernsprechgebühren zu verwenden, die in den Jahren 1965 bis 1967 über den Betrag von 1 680 Millionen Schilling, in den Jahren 1968 bis 1971 über den Betrag von 2 000 Millionen Schilling, im Jahre 1972 über den Betrag von 2 500 Millionen Schilling, im Jahre 1973 über den Betrag von 2 700 Millionen Schilling, im Jahre 1974 über den Betrag von 3 000 Millionen Schilling, im Jahre 1975 über den Betrag von 3 300 Millionen Schilling und in den Folgejahren über den Betrag hinaus anfallen, der in den Jahren 1976 und 1977 einem Satz von 47,5 vH, im Jahre 1978 einem Satz von 55 vH, im Jahre 1979 einem Satz von 63 vH, in den Jahren 1980 bis 1982 einem Satz von 66 vH, in den Jahren 1983 bis 1986 einem Satz von 60 vH, in den Jahren 1987 bis 1990 einem Satz von 66 vH, in den Jahren 1991 bis 1994 einem Satz von 68 vH und im Jahre 1995 einem Satz von 66 vH der jährlichen Gesamteinnahmen an Fernsprechgebühren entspricht. In Höhe dieser Mehreinnahmen — die in den Bundesvoranschlägen bei Kapitel 78 getrennt zu veranschlagen sind — sind gleich hohe zweckgebundene Ausgabenansätze bei Kapitel 78 vorzusehen.“

Artikel II

Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft.